

Maßnahmenvorschläge und Lösungsansätze zum stadtverträglichen Tourismus in Berlin*

ADMINISTRATIVER RAUM

1. Sonderregelungen für „tourismusbelastete Gebiete“
2. Tourismusbeauftragte auf Bezirks- und Landesebene
3. Aufbau eines Anwohnerates auf Landesebene

ÖFFENTLICHER RAUM

4. Mehr Lärmschutz für Anwohner*innen
5. Beseitigung von „Partydeck“ nach Verursacherprinzip

GEWERBLICHER RAUM

6. Sondernutzung und Außengastronomie regulieren
7. Schutz des vielfältigen Kleingewerbes

WOHN- UND LEBENSQUALITÄT

8. Schutz der Kieze vor Massentourismus

* Im Rahmen der Vorbereitung des 2. Berlinweiten Erfahrungsaustausch haben sich Anwohner*innen aus vier Berliner Bezirken getroffen, um gemeinsam Maßnahmenvorschläge und Lösungsansätze zu erarbeiten, die hier in Kurzform zusammengefasst sind.

1. Sonderregelungen für „Tourismusbelastete Gebiete“

Konfliktfeld

Die aktuelle touristische Vermarktungspolitik der Stadt ist nicht vereinbar mit dem nachbarschaftlichen Leben in den Kiezen. Nicht nur die Bewohner leiden unter den Folgen, vielmehr werden gesamte Kiezstrukturen zerstört.

Erste Maßnahmen – wie die Anwendung des §15 der Baunutzungsverordnung (BauNVO) – wurden in Teilen erfolgreich angewandt. Allerdings greift dieses Instrument städtebaurechtlich aktuell nur im ehemaligen Westteil der Stadt.

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Erster Schritt ist die Angleichung der rechtlichen Planungsgrundlage bzw. der Umsetzung einer BauNVO in den Ostberliner Bezirken.
- Die Bewertung der besonders betroffenen Gebiete soll nicht anhand der jetzigen Form (Mischgebiet) sondern der ursprünglichen Form (Wohngebiet) erfolgen.
- Längerfristig sollen besonders touristisch belastete Quartiere per Sonderregelung nach dem Vorbild Milieuschutzgebiete / Erhaltungssatzung geschützt werden. Hierzu werden Kriterien ermittelt und per Monitoring laufend geprüft.
- Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der City Tax.

Wer setzt es um?

- Senator für Stadtentwicklung
- Abgeordnetenhaus

2. Tourismusbeauftragte auf Bezirks- und Landesebene

Konfliktfeld

Zur Koordinierung von Konfliktlösungsprozessen im Bereich Tourismus mangelt es an Transparenz und Information über Zuständigkeiten und Verwaltungsstrukturen. Es fehlt eine zentrale Ansprechperson für Bewohner. Zur Umsetzung von Konfliktlösungsmaßnahmen fehlt es den Bezirken an Personal.

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Erster Schritt zum Aufbau einer Ansprechpartnerstruktur wäre die Einrichtung eines Tourismusbeauftragten auf Bezirksebene. Der Beauftragte ist verknüpft mit einem bezirklichen Tourismusbeirat aus Vertretern lokaler Initiativen und zentraler Ansprechpartner für Anwohner*innen (Vorbild: bezirkliche Migrations- oder Seniorenbeirat).
- Ein zweiter Schritt ist der Aufbau einer Tourismusbeauftragtenstelle auf Landesebene. Im engen Austausch mit den bezirklichen Beauftragten vertritt diese Person die Interessen der Nachbarschaften bei landesweiten Entscheidungsgremien.
- Genereller Ausbau von Personal in den Bezirksämtern und Schulung des Personals für die Nacht.
- Die Finanzierung erfolgt aus Mitteln der City Tax.

Wer setzt es um?

- Bezirksvollversammlungen
- Abgeordnetenhaus

3. Aufbau eines Anwohnerrates auf Landesebene

Konfliktfeld

- Im Vergleich zur starken Lobbyarbeit durch Tourismuswirtschaft und Clubszene fehlt es zunehmend an einer adäquaten Anwohnerlobby zur Vertretung derer Interessen.
- Kritisch hierbei ist das vereinzelt beobachtbare Vermischen von öffentlichen Aufträgen, Lobbyarbeit und privaten Wirtschaftsinteressen, das sich dann Zulasten der Bewohnerschaft auswirkt.

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Aufbau eines stadtweiten Anwohnerrates / einer stadtweiten Anwohnerorganisation mit Bezirksgruppen als ernstgenommener Verhandlungspartner (Vorbild: Dachorganisationen wie der Berliner Mieterverein).
- Vertretung von Anwohnern auch bei Pressekonferenzen.

Wer setzt es um?

Stadtweite Bewohnerschaft

4. Mehr Lärmschutz für Anwohner*innen

Konfliktfeld

- Die Lärmschutzverordnung wurde für Sondergenehmigungen gelockert und wird auch generell zu selten durchgesetzt.
- Zudem führen immer mehr Veranstaltungen mit tiefen Bässen zu dauerhaften Belastungen (vorwiegend am Wochenende).

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Die Lärmschutzverordnung muss zugunsten der Anwohner geändert werden. 18 Ausnahmen pro Jahr sind zu viel.
- Die bezirksübergreifende Zusammenarbeit muss verbessert werden, vor allem in bezirklichen Grenzgebieten und Wasserlagen.
- Die personelle, technische und materielle Ausstattung von Wasserschutzpolizei, Polizei, Umweltamt und Ordnungsamt muss erhöht werden, um gegen Überschreitung der Gesetze konsequenter vorgehen zu können.

Wer setzt es um?

Landesregierung, Abgeordnetenhaus

5. Beseitigung von „Partydeck“ nach Verursacherprinzip

Konfliktfeld

In touristisch beanspruchten Quartieren häufen sich Fälle von Verunreinigung (Müll, Wildpinkelei, etc.) des Straßenraums und der Grünflächen, für dessen Säuberung durch zusätzliche Einsätze der Stadtreinigung auch die Anwohnerschaft (über die Betriebs- & Nebenkostenabrechnung) aufkommen muss.

Idee / Maßnahmvorschlag

- Erste Maßnahme zur Konfliktlösung wäre die Anwendung des Verursacherprinzips: Besucher und Tourismusedgewerbe sollen stärker für die Folgen aufkommen oder in Lösungsprozesse eingebunden werden.
- Getränkeverkäufer müssen Toiletten bereitstellen oder per Abgabe („Pipi-Steuer“) öffentliche Toiletten mitfinanzieren.
- Pfandsysteme für Take-away-Verpackungen und To-Go-Becher können Müll vermeiden.
- Beim Thema Müllvermeidung mangelt es insgesamt noch sehr an einem schärferen ökologischen Bewusstsein und nötiger Aufklärungsmaßnahmen.

Wer setzt es um?

- BSR (Kostenermittlung & Studien)
- Senatsverwaltung & Bund (Steuerliche Abgaben und Pfandpflicht)
- Tourismusedgewerbe & Gastronomie (Müllvermeidung)

6. Sondernutzung und Außengastronomie regulieren

Konfliktfeld

- In vielen Quartieren werden die Auflagen für die Sondernutzung durch Außengastronomie unzureichend eingehalten bzw. überwacht.
- In einigen Gebieten hat zusätzlich die Masse an genehmigten Außengastronomieplätzen das Verträglichkeitsmaß überschritten.
- Problematisch wirkt sich der durchgehende Verkauf von Alkohol bei Spätverkäufen aus.

Idee / Maßnahmvorschlag

- Zunächst sollte ein Dialogverfahren zur Herstellung eines sozialen Kiezkodex zwischen Gastronomen und Anwohnern durchgeführt werden (verbindliche Einräumregeln der Außenbestuhlung oder Bänke z.B. wochentags 23 Uhr, Freitag & Samstag 24 Uhr).
- Wo kein Dialog möglich ist, müssen Kontrollen verschärft werden und im Ernstfall ein Konzessionsentzug erfolgen, um „schwarze Schafe“ zu enttarnen und das nachbarschaftliche Miteinander zu bewahren.
- Stärkere Regulierungen der Außenplätze können Lärm verringernd wirken, Grundlage können Lärmaktionspläne liefern.
- Ein Verbot des Alkoholausschanks und der Außenbestuhlung von Spätverkäufen sollte dort erfolgen, wo Lärmschutzgrenzen überschritten werden.

Wer setzt es um?

- Alle! (Sozialer Kiezcodex)
- Gewerbetreibende / Gastronomie / Spätis / Clubs
- Gewerbeämter & Ordnungsämter (Kontrollen)

7. Schutz des vielfältigen Kleingewerbes

Konfliktfeld

Durch zunehmende touristische Nachfrage und der Verbreitung umsatzstarker Gastronomien ist das alteingesessene Kleingewerbe und die anwohnerorientierte Nahversorgung bedroht. Gleichzeitig steigt das Risiko der Monotonisierung in der Gewerbestruktur der Kieze.

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Die Entwicklung und Umsetzung eines Kleingewerbeschutzes kann die Zerstörung gewachsener Nachbarschaftsgefüge verhindern und Verdrängungsprozesse verringern. Neben der flächendeckenden Anwendung des §15 der BauNVO zur Limitierung bestimmter Gewerbeformen in Wohnquartieren (siehe 1.) sollte auch eine „Mietendeckelung“ für Kleingewerbe geprüft werden.
- Zusätzlich soll an besonders betroffenen Orten ein Monitoringverfahren mit Kiezbewohner*innen und Verwaltung eingerichtet werden, um problematische Konzentrationen frühzeitig sichtbar zu machen.

Wer setzt es um?

- Senatsverwaltungen und Parteien (Gewerbemilieuschutz)
- Bezirke (Kiezmonitoring)

8. Schutz der Kieze vor Massentourismus

Konfliktfeld

- Mit dem stetigen Ansteigen der jährlichen Besucherzahlen werden öffentliche Infrastrukturen punktuell überlastet.
- Gleichzeitig steigt der Besucheransturm auf die Kieze mit der Folge, dass das alltägliche Leben zunehmend kommerzialisiert wird.

Idee / Maßnahmenvorschlag

- Es dürfen keine öffentlichen Gelder mehr für das Bewerben von Wohngebieten verwendet werden.

Wer setzt es um?

Senat und Bezirke, visitBerlin